

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 2435
Fax (0202)	563 8055
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	06.02.2003

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld am 22.01.2003

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bezirksvorsteher Hans Jürgen Vitenius:**

von der CDU-Fraktion

Herr Hans-Peter Degen, Herr Reiner Hadasch, Herr Franz-Josef Kirch, Herr Stefan Kleusch, Frau Andrea Knorr, Herr Karl-Heinz Krieglstein, Herr Gunther Pott,

von der SPD-Fraktion

Herr Professor Günter Borchert, Frau Karin Ernst, Frau Baerbel Falk, Herr Thomas Kring, Frau Ursula Kring, Herr Jörg-Henning Schwerdt,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Dieter Lüdemann, Frau Gerta Helene Siller,

von der FDP-Fraktion

Herr Dirk-Henrik Hülper,

von der Ratsgruppe der PDS

Frau Sonja Czyganowski,

als Vertreterin des Oberbürgermeisters

Frau Beig. Marlis Drevermann,

als beratende Mitglieder

Herr Stv. Geisendörfer, Herr Stv. Priem,

vom Bezirksjugendrat

Ivonne Gietenbruch, Cagdas Güngörür, Mohammed Pourkhessalian, Mark Gimsch, Jannik Brühne, Thomas Samarum,

von der Verwaltung

Herr Beig. Uebrick - GB Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, Herr Müller - R Straßen und Verkehr, Herr Mücher - R Straßen und Verkehr, Herr Thomas - R Baurecht, Grundstücke und Wohnen, Herr Steinbrink - AWG,

von der Polizei

Herr Janssen,

von der Presse

Herr Glatthaar - WZ,

Nicht anwesend ist:

von der CDU-Fraktion

Frau Ingeborg Galbrecht.

Schriftführerin:

Frau Erika Wawersig

Beginn: 19:45 Uhr

Ende: 22:05 Uhr

Öffentliche Sitzung

1 Bezirksjugendrat

Der **BJR** stellt mündlich (schriftlicher Antrag wird nachgereicht) den Antrag an die BV, aus den freien Mitteln 470 € als Zuschuss für eine Schulungsveranstaltung in Aachen, die in der Zeit vom 21. – 23.02.2003 stattfindet, zu bewilligen.

Herr Hülper spricht sich dafür aus, zukünftige Veranstaltungen dieser Art in Wuppertal durchzuführen.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 22.01.2003:

Dem Bezirksjugendrat Elberfeld wird **einmalig** für eine Schulungsveranstaltung ein Betrag von 470 € aus den freien Mitteln bewilligt.

Der Stadtbetrieb Jugend und Freizeit wird gebeten, zukünftige gleichgelagerte Veranstaltungen möglichst in Wuppertal durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

2 Umsetzung der Rahmenplanung Döppersberg Vorlage: VO/0986/02

Herr Beig. Uebrick führt aus, dass es finanzielle Probleme bei der Realisierung des Busbahnhofs gebe, weil die Bahn eine Kostenbeteiligung ablehne und der ÖPNV-Anteil im Landeshaushalt zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls nicht gezahlt werde. Am Rahmenplan solle auf jeden Fall - wenn auch mit einer veränderten Reihenfolge - festgehalten werden. Der Projektsteuerer sei aufgefordert worden, bis Anfang Juni eine Machbarkeitsstudie vorzulegen.

Die **CDU-Fraktion** stellt fest, dass sich an diesem Projekt seit dem Jahr 2000 wenig bewegt habe. Hauptantriebsfeder für die Umgestaltung des Döppersberg sei immer die schlechte Situation des Busbahnhofs gewesen, daher halte sie eine andere Reihenfolge bei der Durchführung der Baumaßnahme für wenig sinnvoll. Sie regt an, über eine Untertunnelung der Straße nachzudenken.

Die **SPD-Fraktion** sieht in der Verlegung des Busbahnhofs nur einen Teilaspekt. Insgesamt sollten durch die Umgestaltung des Döppersberg wichtige städtebauliche Akzente gesetzt werden. Sie frage sich, wodurch die Verzögerungen im Ablauf entstanden seien, spricht sich aber auch für eine Fortführung des Projektes aus, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass es dann auch weitergehe.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** meint, dass die Situation des Busbahnhofs so schlecht sei, dass sie keinen großen Aufschub dulde und schlägt vor, das Postgebäude am Kleeblatt vorübergehend anzumieten und in einen Busbahnhof umzubauen.

Herr Hülper hält das Verhalten der Bahn für sehr ärgerlich, spricht sich aber auch für eine Fortführung des Projektes in veränderter Reihenfolge aus.

Herr Beig. Uebrick stellt fest, dass die Anträge auf Landeszuschüsse im Jahr 2000 gestellt worden seien; wenn auch nicht nach den Formalien der Bezirksregierung, da zum damaligen Zeitpunkt der städtische Anteil noch nicht sichergestellt gewesen sei und daher auch keine konkreten Planunterlagen

eingereicht werden konnten. Zudem habe es auch noch keinen Projektsteuerer gegeben.

Es sollten jetzt nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie die Projekte, die machbar seien, umgesetzt werden, allerdings immer unter der Voraussetzung eines sinnvollen Umsetzungsvorschlages.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 22.01.2003:

Die in der Begründung dargestellte Zielsetzung des Auftrages an den Projektsteuerer, insbesondere zur Änderung der Reihenfolge bei der Umsetzung der Teilprojekte unter grundsätzlicher Beibehaltung der Rahmenplanung, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei 1 Enthaltung (PDS)

**3 Erweiterung des Naturparks Bergisches Land auf dem Gebiet der Stadt Wuppertal
Vorlage: VO/0677/02**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 22.01.2003:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Wuppertal beantragt beim Zweckverband Naturpark Bergisches Land und den zuständigen Landesbehörden eine Erweiterung des Naturparks auf dem Gebiet der Stadt Wuppertal (südliche Landschaftsbereiche) entsprechend der Darstellung in der Anlage (Alternative 1).

Gleichzeitig wurden die Nachbarstädte Remscheid und Solingen angesprochen, um eine entsprechende naturräumliche Zusammenlegung/Arrondierung des Naturparks auf den jeweiligen Stadtgebieten anzuregen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**4 Handlungskonzept Ostersbaum;
hier: Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung
Vorlage: VO/0690/02**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 22.01.2003:

Die Arbeiten zur Verkehrsberuhigung und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich Ostersbaum werden zu Baukosten von 90.800,00 € beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 8 Gegenstimmen (CDU und FDP)

5 Situation der Häuser Untergrünwalder Straße 14/16

Herr Thomas - R Baurecht, Grundstücke und Wohnen - führt aus, dass im bauordnungsrechtlichen Sinne kein Eingreifen erforderlich sei. Denkmalschutzrechtlich liege die Angelegenheit beim Verwaltungsgericht. Ein Statikutachten solle bis 27.01. vorgelegt werden. Danach werde die Unt. Denkmalbehörde ein Zwangsgeld erheben.

Die **BV** nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

6 Neue Wertstoffcontainerstandorte in Elberfeld

Die **SPD-Fraktion** begründet ihre Ablehnung der zusätzlichen Standorte in der letzten Sitzung noch einmal mit der mangelnden Sauberkeit fast aller Standorte. Dies liege auch nicht immer an den Bürgern, sondern daran, dass die Leerungsfrequenz nicht ausreichend sei. Sie könne sich nicht vorstellen, dass durch neue Standorte die Leerungsfrequenz erhöht werde. Selbst wenn die Verschmutzung durch Bürger hervorgerufen werde, sei die AWG als Zustandsstörer letztendlich verantwortlich für die Sauberkeit.

Die **CDU-Fraktion** stellt fest, sie habe schon in der letzten Sitzung keine Probleme mit der Erweiterung gehabt, schlägt als weitere Standorte den Haltestellenbereich Blankstraße und das Berufskolleg an der Bundesallee vor und bittet die AWG zu prüfen, ob es nicht wie in anderen Städten machbar wäre, die Papiercontainer mit einer Öffnungsmöglichkeit zum Einwerfen von Kartons u.ä. auszustatten.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** hat große Bedenken hinsichtlich des Standortes Else-Lasker-Schüler-Straße, weil sich dieser in einem Kurvenbereich befinde, und schlägt stattdessen den Parkplatz Deweerthstraße als Standort vor.

Herr Lichtleuchter - Bürgerverein - regt an, an der Charlottenstraße einen zweiten Papiercontainer aufzustellen.

Herr Steinbrink - AWG - erklärt, dass etliche Standorte täglich gereinigt würden, aber selbst das sei nicht ausreichend, wie der Standort Neunteich immer wieder zeige. Die Erweiterung auf 450 Standorte sei der Versuch, zusätzliches Volumen zu schaffen.

Die Anregung der CDU-Fraktion, die Papiercontainer mit größeren Öffnungen zu versehen, sieht er kritisch, da erfahrungsgemäß dann auch anderer Müll in die Container geworfen werde.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 22.01.2003:

Die Bezirksvertretung Elberfeld spricht sich für folgende Standorte aus:

- Else-Lasker-Schüler-Straße / Kellerstraße, wobei sie hier bittet, auch eine Alternativlösung auf dem Parkplatz Deweerthstraße in Betracht zu ziehen,
- Am Friedenshain auf der Parkfläche,
- Rainer-Gruenter-Straße auf dem ehemaligen Kasernengelände.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen)

7 Rechtliche Klärung der Schließungsabsichten GS Cronenberger Straße

Die **SPD-Fraktion** meint, dass bei der Thematik der Schulschließungen noch einige Fragen unbeantwortet geblieben seien und spricht sich dafür aus, die übergeordnete Behörde einzuschalten.

Die **CDU-Fraktion** hält eigentlich nicht viel davon, da sie der Meinung ist, dass die Bezirksregierung nicht zu oft eingeschaltet werden solle.

Der **Bezirksvorsteher** verweist darauf, dass die übergeordnete Behörde in diesem Fall die Schulaufsichtsbehörde sei, worauf **Frau Beig. Drevermann** feststellt, dass der Anstoß zum Grundschulentwicklungsplan ja gerade von der Schulaufsichtsbehörde gekommen sei.

Nach kurzer Diskussion einigen sich **Fraktionen** und **Mitglieder der BV** auf ein Gespräch nach dem Ratsbeschluss am 17.02., zu dem dann auch die Schulleiterin der GS Cronenberger Straße eingeladen werden solle.

**8 Bürgerversammlung zu Mobilfunkanlagen in Elberfeld
Vorlage: VO/1002/03**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 22.01.2003:

Die Bezirksvertretung Elberfeld bittet die Stadtverwaltung um die Durchführung einer Bürgerversammlung zu der Thematik "Neue Mobilfunkanlagen in Elberfeld" unter Einbeziehung der Erfahrungen bei der thematisch gleichen Veranstaltung in Cronenberg.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**9 Freie Mittel
a) Antrag der Aktion "Schau nicht weg"
b) Antrag des Nachbarschaftsheimes für einen Jugend-Berufs-Coach
zu b)**

Die **Fraktionen** von **CDU** und **SPD** sehen hier eine Konkurrenzsituation zur Arbeitsverwaltung und äußern ihr Unverständnis über die Weigerung des Arbeitsamtes, diese Maßnahme zu bezuschussen. Sie bitten das Arbeitsamt, seine Ablehnung in einer der nächsten Sitzungen der BV zu begründen. Die **SPD-Fraktion** spricht sich allerdings dafür aus, dem Nachbarschaftsheim zur Fortführung dieser Maßnahme als Überbrückung einen Betrag von 1.150 € für das 1. Quartal zu bewilligen.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 22.01.2003:

zu a)

Der Aktion „Schau nicht weg“ wird für Aktionen in den restlichen Teilen von Elberfeld ein Betrag von 1.000 € aus den freien Mitteln 2002 bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

zu b)

Herr Schwerdt nimmt an der Beschlussfassung nicht teil.

Dem Nachbarschaftsheim wird zur Überbrückung unter dem Vorbehalt der weiteren Klärung mit dem Arbeitsamt ein Betrag von 1.150 € aus den freien Mitteln 2002 bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 8 Gegenstimmen (CDU und FDP)

10 Berichte und Mitteilungen

10.1 Verkehrsberuhigung oberhalb der Ravensberger Straße
- Zwischenbericht aus dem Team "Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit"

10.2 Haltverbote Josefstraße
- Verfügung R Straßen und Verkehr

Die **SPD-Fraktion** bittet um Behandlung dieses Themas in der nächsten Sitzung.

10.3 Sperrung Bendahler Straße und Mauerstraße
- Verkehrsinformation R Straßen und Verkehr

10.4 Ehrung bei Ehejubiläen - Änderung zum Jahr 2003
- Mitteilung der Staatskanzlei des Landes NW

10.5 a) Schwimmoper
- Schreiben der Fraktionen in der BV an die Bezirksregierung Düsseldorf

b) Bürgerbegehren für den Erhalt der Schwimmoper
- Klageerhebung

10.6 Veranstaltungskalender 2003
- Mitteilung R Straßen und Verkehr

Die **SPD-Fraktion** kritisiert in diesem Zusammenhang, dass wahrscheinlich für die Veranstaltung der Marktschreier wieder Spielpunkte abgebaut worden seien.

Sie fordert die Verwaltung auf, bei Genehmigungen ausdrücklich zur Auflage zu machen, dass die Spielpunkte nicht abgebaut werden dürfen.

10.7 Begrenzungsmauer Sonderschule Schusterstraße
- Stellungnahme GMW

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** möchte vor allen Dingen wissen, wann mit der Sanierung begonnen werde.

Frau Siller

- 10.8 bittet darum, die Kostenerhöhung für den Bau des Nachbarschaftsheimen auf die nächste Tagesordnung zu setzen unter Hinzuziehung eines Berichterstatters des GMW.

Die **SPD-Fraktion** unterstützt diese Bitte vor allen Dingen deshalb, weil zur Finanzierung der zusätzlichen Kosten 40.000 € aus den Mitteln für Kinderspielplätze abgezogen worden seien.

- 10.9 verweist auf den Sex-Shop am Hofkamp und fragt, ob es zutrefte, dass es in der Hofaue demnächst einen ähnlichen Laden geben werde.
- 10.10 **Herr Hülper** erinnert zum wiederholten Male an seine Anfrage zur Taubenplage auf dem Wall.
- 10.11 **Herr Lüdemann** protestiert gegen den Zeitpunkt der Rundfahrt hinsichtlich neu beantragter Werbeanlagen am 05.02.. Um 9.00 Uhr am Vormittag könnten berufstätige Mitglieder der BV - und das seien die meisten - unmöglich daran teilnehmen.
- 10.12 **Herr Degen** fragt, aus welchem Grund das eingeschränkte Haltverbot in der Kölner Straße in den Bereich der Bäckerei verlegt worden sei.
- 10.13 **Herr Kring** bittet WSW und Verwaltung um dringende Überprüfung der verkehrlichen Situation während der Baumaßnahme Marienstraße. Es würden an einigen Stellen Engpässe entstehen, die immer wieder problematische Verkehrssituationen hervorrufen würden.
- 10.14 **Herr Kirch** regt an, an der Bushaltestelle Steinbeck (vor Fa. Eylert) einen Wetterschutz anzubringen.

Hans Jürgen Vitenius
Bezirksvorsteher

Erika Wawersig
Schriftführerin